

„Berlin hilft sich selbst“

Ein Kongreß zeigt, wie sich bürgerschaftliches Engagement in der Hauptstadt ausbreitet / Von Mechthild Küpper

BERLIN, 16. Januar. Am Samstag morgen zeigte sich, daß der PR-Mann Johannes Bohnen den richtigen Riecher gehabt hatte: Der Ballsaal des Hotels am Potsdamer Platz war voll. „Berlin hilft sich selbst“ behauptete der Titel des „Hauptstadtkongresses“, den Bohnen gemeinsam mit fünf politischen Gesprächskreisen organisiert hatte. Einen Tag lang machten sich 800 Menschen ein Bild vom Stand des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin. Erstaunlich war nicht, wie viele Initiativen, Netzwerke und Mäzene es gibt – in einer Millionenstadt leben auch wohlthätige Menschen –, sondern, wie viele der Aktiven erst dort voneinander erfuhren.

Viele kennen den Unternehmer Hans Wall, der Berlin schöne Bushaltestellen und saubere öffentliche Toiletten brachte. Wall hat einen guten Namen, weil er städtische Brunnen wieder sprudeln ließ und den Kurfürstendamm weihnachtlich beleuchtete, was die Ladenbesitzer sich nicht mehr leisten mochten. In seinen Bushäuschen warben Plakate für den Kongreß: Der schwarze Bär, Berlins Wappentier, krepelt die Ärmel auf. Wenige wissen, wie bescheiden und charmant Wall für Wohltäterei werben kann: Mehr Öf-

fentlichkeit sei dafür nicht nötig, sagte er. Berlins Schwierigkeiten würden jeden Tag in den Zeitungen beschrieben – es komme darauf an, sich davon angesprochen zu fühlen. Denen, die hier wirtschaftlich Erfolg hätten, müsse Berlin „etwas wert sein“. Die Kulturschätze der Stadt seien „doch alle noch vergraben“; sie heben zu helfen mache jedenfalls „verdammte viel Spaß“.

Der amerikanische Priester Leo Penta dagegen sprach von „viel Arbeit“ und von „harter Arbeit“. Bürgerplattformen, die er als Modell von Selbstorganisation sieht, müßten große Anstrengungen leisten, um an die notwendigen Mittel zu kommen. Pentas „Community Organizing“, das er aus New York mitgebracht hat, erweist sich seit einigen Jahren als Segen für den Stadtteil Oberschöneweide, wo nach der Revolution 20 000 Industriearbeitsplätze verloren gingen. Schöneweide könnte nach Pentas Meinung als „Referenzprojekt“ für ganz Berlin dienen. „Community Organizing“ ist das Gegenteil von Bürgerinitiativen, weil es dabei nicht um ein einziges Anliegen geht. Und es ist das Gegenteil des „Quartiersmanagements“, das der Senat in besonders konfliktgefährdeten Stadtteilen finanziert. „Von innen und von unten“ müsse das Engagement kommen;

es sei eine auf Dauer angelegte Form der Selbstorganisation. Wo sich genügend viele Bürger einigen, wofür sie sich einsetzen werden, können sie, wie in Oberschöneweide gelungen, selbst im armen Berlin eine Fachhochschule in verlassenen Fabrikhallen ansiedeln. Oder sie erreichen mit jahrelangem Engagement, wie die Leiterin der Kreuzberger Ferdinand-Freiligrath-Schule, Hildburg Kagerer, berichtete, daß die Regierung es unterstützt, wenn Lehrer, Eltern und „Dritte“ die Schüler bei ihren Stärken packen und nicht mehr bei ihrem Versagen. Pentas Berlin besteht nicht aus den repräsentativen Plätzen und Gebäuden, sein Interesse gilt den Wohnquartieren. Gerade suchen Bürger in Karlshorst, einer wohlhabenden und ruhigen Gegend in Ost-Berlin, nach den richtigen Themen für ihre Bürgerplattform. „Community Organizing“ eignet sich nicht nur für die materiell Bedrängten. Penta machte auf die politische Dimension aufmerksam: Das „Einmischen in die öffentlichen Angelegenheiten“ habe nur am Rande mit freiwilliger Arbeit zu tun.

Gesine Schwan, die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), erinnerte daran, wie groß und schwer die Aufgabe war, die sich der Berli-

ner Politik nach 1989 stellte. Und sie warnte davor, Zivilgesellschaft gegen Politik auszuspielen; demokratische Legitimation entstehe schließlich aus Wahlen. Verlorenes Vertrauen aber könnten Individuen leichter zurückgewinnen als Institutionen, und in dem Sinne wünschte sie den versammelten Engagierten die für einen Neuanfang notwendige Naivität. Der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses Christoph Stözl forderte dazu auf, die „Parallelgesellschaften Parteien“ zu „besetzen“ so wie vor zwanzig Jahren alte Häuser.

Die Bürgergesellschaft ist keine reine Spielwiese für Gutmenschen und Amateure; sie hat längst ihre Profis. Rupert Graf Strachwitz etwa hat an der Humboldt-Universität das Maccenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft gegründet. Seiner Beobachtung nach bekommen in Konflikten mit der Verwaltung zwar oft „die größten Bedenkenträger, Angsthasen und Faulpelze“ recht. Belohnungen, gar Rentenanwartschaften für ehrenamtliche Arbeit aber lehnt er ab: Gesellschaft und Politik sollten eine „gleichrangige Partnerschaft“ eingehen, in dem jeder Sektor eigenen Gesetzmäßigkeiten gehorche. Bürgerengagement müsse „in sich ruhen“.